



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Heiner Garg (FDP)

und

Antwort

der Landesregierung - Ministerpräsidentin

Landtagsinitiativen der Landesbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein

Vorbemerkung:

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Frau Birgit Wille-Handels, sowie der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, Herr Helmut Frenz, wurden durch den Schleswig-Holsteinischen Landtag gewählt und durch den Landtagspräsidenten in ihr Amt eingeführt. Zu Aktivitäten der Beauftragten des Landtages kann daher im Folgenden nicht eingegangen werden.

1. Welche Initiativen hat

- die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten,
- der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen,
- der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen,
- die Beauftragte der Ministerpräsidentin für Ostseeangelegenheiten,
- die Beauftragte der Landesregierung für den Landesteil Schleswig,
- die Beauftragte der Ministerpräsidentin für Minderheiten,
- der Beauftragte der Landesregierung für Naturschutz

in eine Landtagssitzung seit ihrem/seit seinem Amtsantritt eingebracht?

2. Ist es die originäre Aufgabe der Beauftragten, Initiativen in den Landtag einzubringen?

Antwort zu Fragen 1 und 2:

Nach den jeweiligen rechtlichen Grundlagen ist es nicht Aufgabe

- des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen,
- der Beauftragten der Ministerpräsidentin für Ostseeangelegenheiten,
- der Beauftragten der Landesregierung für den Landesteil Schleswig,
- der Beauftragten der Ministerpräsidentin für Minderheiten,
- des Beauftragten der Landesregierung für Naturschutz,

Initiativen in den Landtag einzubringen. Die oben genannten Beauftragten regen durch Vorschläge allenfalls Initiativen an oder unterbreiten Vorschläge zu bereits bestehenden Initiativen, die gegebenenfalls durch die Landesregierung in den Landtag eingebracht werden.

3. Welche konkreten Vorschläge haben die unter 1. aufgeführten Beauftragten seit Amtsantritt den jeweiligen Fachministerien unterbreitet?

Antwort zu Frage 3:

Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen:

Die durch den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, Dr. Ulrich Hase, erarbeiteten Vorschläge, sind für die Zeit von Januar 2000 bis Januar 2002 der als Anlage beigefügten Zusammenstellung zu entnehmen. Für die vorherige Zeit wird auf den ersten Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten vom Dezember 1999: „Das Wörterbuch. Erster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung“ (1995 bis 1999) verwiesen.

Die in der Anlage aufgeführten Themenbereiche wurden, soweit möglich, chronologisch sowie nach Zuständigkeitsbereichen der jeweiligen Ressorts, mit denen der Landesbeauftragte zusammenarbeitete, geordnet.

Es erfolgten auch Vorschläge ggü. Ressorts in Einzelfällen. Bis auf besonders bedeutende Angelegenheiten wurde auf eine umfassende Darstellung dieser Einzelfälle verzichtet.

Beauftragte der Ministerpräsidentin für Ostseeangelegenheiten:

Die Beauftragte, Frau Ursel Hoppe, ist in ihrer amtlichen Funktion zuständig für die Ostseeangelegenheiten und arbeitet in allen diesen Fachbereichen betreffenden Fragen der MP'in zu und vertritt auf Verwaltungsebene in ihrem Auftrag die Landesregierung in Ostseegremien und in Verhandlungen mit den Partnerregionen.

Beauftragte der Landesregierung für den Landesteil Schleswig:

Aufgabe der Beauftragten der Landesregierung für den Landesteil Schleswig, Frau Ministerin Ingrid Franzen, ist es, die sich aus den Besonderheiten des Landesteils Schleswig ergebenden Belange innerhalb der Landesregierung zu vertreten. Hierzu führt die Beauftragte Gespräche mit den verschiedenen Gruppen im Landesteil und wird auf dieser Grundlage Initiativen entwickeln. Im Rahmen der Kabinettsitzungen weist sie ggf. auf die Belange des Landesteils hin.

Beauftragte der Ministerpräsidentin für Minderheiten:

Seit dem 1. April 2000 berät die Beauftragte für nationale Minderheiten und Volksgruppen, Grenzlandarbeit und Niederdeutsch, Frau Renate Schnack, die Ministerpräsidentin in allen Fragen, die sich auf die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig, die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig, die schleswig-holsteinischen Friesen und die im Land lebenden deutschen Sinti und Roma beziehen. Sie wirkt als Mittlerin und Mediatorin zwischen den nationalen Minderheiten/Volksgruppen, der Mehrheitsbevölkerung und der Politik zur Gestaltung eines friedlichen und einvernehmlichen Miteinanders. Sie achtet darauf, dass das Land den ausdrücklich in Artikel 5 der Landesverfassung festgelegten Schutz der Minderheiten und ihre kontinuierliche Förderung einhält und sie beobachtet die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklung im deutsch-dänischen Grenzraum hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Minderheiten und Volksgruppen und schaltet sich innerhalb der Landesregierung beratend und koordinierend in alle Fragen ein, die die Minderheiten und die deutschen Grenzverbände (Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig, Deutscher Grenzverein, Grenzfriedensbund, Schleswig-Holsteinischer Heimatbund) betreffen. Sie unterhält ständige Kontakte zu den Minderheiten und deren Einrichtungen und zur niederdeutschen Sprachgruppe.

Ein Schwerpunkt seit Amtsantritt ist die Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprache, in der die Minderheitensprachen Dänisch, Nordfriesisch und Romanes sowie die Regionalsprache Niederdeutsch geschützt werden.

Aus dieser Querschnittsaufgabe ergibt sich eine Fülle von Einzelvorschlägen. Insbesondere im Zusammenhang mit dem Europäischen Jahr der Sprachen 2001 hat die Minderheitenbeauftragte eine Reihe von konkreten Initiativen vorgeschlagen. Einige Beispiele:

Als einziges Bundesland hat Schleswig-Holstein auf Initiative der Minderheitenbeauftragten zur Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprache ein auf schleswig-holsteinische Verhältnisse zugeschnittenes Nachschlagewerk, die Broschüre "Die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein - Sprache ist Vielfalt", erstellt. Diese wurde zur Handreichung zum Beispiel jeder Gemeinde in Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt. In diesen Zusammenhang gehört die Umfrage in den Landesbehörden zu Sprachkenntnissen der Charta-Sprachen sowie eine entsprechende Türbeschilderung in den Dienststellen, die Vielsprachigkeit auf Grußkarten der Ministerpräsidentin, die aktive Einbindung Schleswig-Holsteins in die Arbeit des European Bureau For Lesser Used Languages, eine Charta-Fachtagung in Schleswig-Holstein, eine Initiative des Landes für einen Round-Table der schleswig-holsteinischen Medien mit den Minderheiten und Sprachgruppen und die Anregung für die Herausgabe eines englischsprachigen Buches „The Minorities in the German-Danish Border Regions“ durch das ECMI.

Zur Zeit werden der Minderheitenbericht (Vorlage Ende 2002) sowie der Sprachencharta-Bericht (Vorlage Anfang 2003) erarbeitet, in denen die Mitwirkung der Minderheitenbeauftragten an allen relevanten Minderheitenthemen deutlich wird.

Beauftragter der Landesregierung für Naturschutz:

Der Landesnaturschutzbeauftragte, Prof. Dr. Willfried Janßen, hat in seiner bisherigen Amtsperiode seit dem 19. November 1998 gegenüber dem Minister für Umwelt, Natur und Forsten zahlreiche konkrete Vorschläge zu Naturschutzthemen im Rahmen seiner Stellungnahmen unterbreitet. So wurden im Jahre 2000 allein bei den Sitzungen des Beirats beim Landesnaturschutzbeauftragten 29 und im Jahre 2001 39 unterschiedliche Themen behandelt und Anregungen zu den Vorhaben und Programmen des Umweltministeriums gegeben. Von besonderer Bedeutung waren in der genannten Amtsperiode Stellungnahmen des Landesnaturschutzbeauftragten zu den Sachverhalten:

"Pallas" und die Novelle des Nationalparkgesetzes; Novellierung des Landesjagdgesetzes; Offshore-Windenergienutzung; Problemaufriß im Zusammenhang mit der DASA-Planung (Mühlenberg Loch/Twielenfledter Sand); Entwurf der Muster-Landschaftsschutzgebiets-Verordnung vom 17.02.1999; Entwurf der Teilfortschreibung

des Landschaftsrahmenplans für den Planungsraum III (Kreise Rendsburg-Eckernförde und Plön, kreisfreie Städte Kiel und Neumünster; Richtlinie über die naturnahe Waldentwicklung in den schleswig-holsteinischen Landesforsten vom März 1999; Ökologischer Landbau und extensive Landnutzungssysteme; Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Landschaftsplanung; Offshore-Windkraft-Anlagen (Nordsee); Entwurf des Landschaftsrahmenplans für den Planungsraum V; Entwurf der Grundsätze zur Ausübung der Fischerei in Naturschutzgebieten Schleswig-Holsteins; Verordnung (EG) Nr. 2721/2000 der Kommission vom 13. Dezember 2000 über Einbeziehung von "Hecken, Gräben, Mauern oder Wegen"; Blaue Listen; Gesetzesentwurf der Landesregierung zum Landesbodenschutzgesetz und Erläuterungen zum LbodSchG; Zukunft der Landesforsten – Leistungen für den Naturschutz; Landschaftsplanung; A20-Planung im Bereich der Wakenitz.

<i>Nr.</i>	<i>Datum</i>	<i>Adressaten</i>	<i>Themenbereich</i>	<i>Vorschläge</i>
1.	Frühjahr 2000	StK, Medienreferat	Verbesserung der Angebote für hörgeschädigte Menschen im Fernsehen	<ul style="list-style-type: none"> - Anregung einer Untersuchung der Unabhängigen Landesanstalt für das Rundfunkwesen (ULR): Angebote für Gehörlose im Fernsehen und ihre Rezeption", die im Januar 2001 durch die ULR veröffentlicht wurde - Veranstaltung der Universität Hamburg mit der ULR zum Thema im Januar 2001 - LB regt weitere Initiativen zur Verbesserung der Situation hörgeschädigter Menschen an
2.	2000/2001	StK	Erhöhung der Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen beim Land Schleswig-Holstein	<ul style="list-style-type: none"> - Kabinettsvorlage mit verschiedenen Verbesserungsvorschlägen durch LB - Zusammenarbeit mit verschiedenen Ressorts in einer interministeriellen AG, in die LB seine Vorschläge einbringt
3.	2000 bis 2002	StK, MASGV u.a.	Landesgleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderung	<ul style="list-style-type: none"> - Kabinettsvorlage zur Schaffung eines Landesgleichstellungsgesetzes, Eckpunkte - Erarbeitung eines Gesetzentwurfes durch LB - Zusammenarbeit mit dem MASGV zur Erstellung eines Entwurfes der Landesregierung

4.	9.2000	StK, MASGV, MWTV, Innenministerium	Arbeitsprogramm der Landesregierung, 15. Legislaturperiode	<p>LB schlägt vor, Belange von Menschen mit Behinderung im Arbeitsprogramm zum Ausdruck zu bringen hier:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erweiterung des Projektes "Entwicklung von Anreizen zur Verbesserung der Schwerbehindertenquote beim Land Schleswig-Holstein" - Ergänzung der Projekte zur Wohnungsbauförderung um: Berücksichtigung des barrierefreien Wohnraums, Wohnumfeldes und der städtebaulichen Gestaltung - neue Technologien für Menschen mit Behinderung, Telearbeit ... - flankierende Maßnahmen zur Beschäftigungsinitiative nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter zum 1. Oktober 2000
5.	2.2001	StK	Beiträge zur Protokollerklärung CdS: Anfrage zu Krickenbeck II	LB setzt sich dafür ein, den bestehenden besonderen Kündigungsschutz für schwerbehinderten Menschen nicht abzuändern
6.	Sommer 2001	StK	Gestaltung des Internetauftritts der Landesregierung	LB schlägt eine spezielle Gestaltung für sehbehinderte Menschen vor und vermittelt entsprechende Gestaltungsvorschläge
7.	11.2001	StK	Rundfunkgebührenordnung	LB regt an, die bisherige Praxis der Überprüfung von Be-

				freiungstatbeständen für Schwerbehinderte durch den NDR abzuändern
8.	1-2.2002	StK	Europäisches Jahr des behinderten Mitbürgers 2003	Anregung und Entwicklung eines Konzeptes für einen 2tägigen Internationalen Kongress für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein
9.	2000/2001	MJF	Freizeitangebote für behinderte Kinder und Jugendliche	LB schlägt vor, in diesem Bereich die Förderung von Freizeitangeboten für behinderte Kinder und Jugendliche zu stärken und gezielt integrative Maßnahmen besonders zu fördern
10.	2001	MJF	Bundsgleichstellungsgesetz, Landesgleichstellungsgesetz	Vorschläge zum Bundesgesetzentwurf Bundsgleichstellungsgesetz sowie zur Erstellung eines Gesetzentwurfes zu einem Landesgleichstellungsgesetz werden bearbeitet. Hier z.B.: Erweiterung des Jugendförderungsgesetzes um die Beachtung der besonderen Bedürfnisse behinderter Kinder und Jugendlicher
11.	2000/2001	MJF	Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen mit Behinderung	LB zeigt Vorschläge in einem Beitrag zum Bericht des MJF auf
12.	2001	MJF	Situation von homosexuellen Menschen mit Behinderung (Bericht der Landes-	Sensibilisierung in den Behindertenverbänden durch den zuständigen Referenten des MJF

regierung: Bekämpfung von Gewalt und Diskriminierung gegen Lesben und Schwule und Förderung der Chancengleichheit zwischen homosexuellen und heterosexuellen Lebensweisen in Schleswig-Holstein.)

13.	2001	MJF, Sozialausschuss im Landtag, verschiedene Fraktionsarbeitskreise	Landesweite Koordinierung der Belange von Mädchen und Frauen mit Behinderung (mixed pickles)	LB schlägt vor, die Arbeit von mixed pickles weiter zu fördern. Alternativ sieht er die Möglichkeit, die bisherige Arbeit von mixed pickles über Landesverbände der Behindertenarbeit zu fördern. LB will sich dafür einsetzen, dass darüber hinaus ein Zuständigkeitsbereich "Frauen mit Behinderung" in seinem Büro geschaffen wird
14.	lfd.	MJF	Initiativkreis gewaltfreie Erziehung	Mitarbeit im Initiativkreis
15.	Frühjahr 2001	MBWFK	Beschäftigungsquote beim MBWFK, Situation schwerbehinderter Lehrkräfte	LB regt Informationsbroschüre über Nachteilsausgleiche für schwerbehinderte Lehrkräfte an
16.	09. 2001	MBWFK	Ganztagsbetreuung an Schulen	LB schlägt eine alternative Förderung von Initiativen und Schulen in privater Trägerschaft vor
17.	09. 2001	MBWFK	Finanzierung von Hilfsmitteln / sonsti-	Vorschläge für die Regelung der Zuständigkeit bei der

			gen Maßnahmen für Schülerinnen und Schüler mit Behinderung	Finanzierung von Hilfsmitteln für Schülerinnen und Schülern mit Behinderung in einem Anwenderpapier bzw. im Landesgleichstellungsgesetz
18.	09. 2001	MBWFK	Kürzung von Assistenzkräften in Schulen	LB setzt sich für die Beibehaltung des notwendigen Stundenumfangs für Assistenzkräfte ein
19.	09. 2001	MBWFK	Lehrkräftemangel wirkt sich auf den Förderunterricht aus	LB thematisiert die Notwendigkeit des Förderunterrichts für Schülerinnen und Schüler mit Behinderung
20.	07.- 11. 2000	IM	Novellierung des Meldegesetzes: Folgen für Bewohner von Pflegeheimen und sonstigen Einrichtungen	Vorschläge zur Änderung der Novellierung des Meldegesetzes
21.	2000 bis 2002	IM	Beschäftigungsquote in der Landesregierung	Teilnahme an den Arbeitssitzungen und zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung der Situation, z.B. Anregung eines Sensibilisierungskurses für Personalreferenten
22.	9.2001	IM	Landesbeamtengesetz	LB bringt Änderungsvorschläge ein, die aus Einzelfall Erfahrungen (Teilzeitbeschäftigung, Teildienstfähigkeit) resultieren.
23.	2001	IM	Ausländerrecht	LB regt an, Regelungen zur Prüfung der Deutschsprachkompetenz für behinderte Ausländer anzupassen.

24.	2000 bis 2002	IM	Sozialer Wohnungsbau in Schleswig-Holstein	<p>Verschiedene Vorschläge zu Erlassen, Finanzierungsrichtlinien im Sozialen Wohnungsbau, Wohnungsbauprogrammen, Wohnungsbauförderungsbestimmungen, zur Fehlbelegungsabgabe, Wohnungsgröße für schwerbehinderte Menschen (Raummehrbedarf);</p> <p>Vorschlag zur Wiedereinführung der 1996 weggefallenen Quote im Sozialen Wohnungsbau für Wohnungen nach DIN 18025 Teil 2;</p> <p>Fördererlass altengerechtes Bauen und Wohnen: Stellungnahme und Vorschlag, Erlass zu erweitern auf Personenkreis der jüngeren behinderten Menschen</p>
25.	2000 bis 2002	IM	Notruffax für Sprach – und Hörbehinderte	<p>Initiierung eines Notruffaxsystems mit eigener Nummer für Hör- und Sprachbehinderte bei der Landespolizei, bundesweite Umsetzung über 110 bzw. 112 auch per Fax für Hörbehinderte über die Innenministerkonferenz ab 2002</p>
26.	2001	IM	Gewalt gegen Menschen mit Behinderung (AG 14 Rat für Kriminalitätsverhütung)	<p>Ständige Mitarbeit in der AG, Vorschläge u.a. zur Datenerhebung bei Polizei und Staatsanwaltschaft, zu stärker verpflichtenden Lehrinhalten an Schulen zu diesem Thema</p>
27.	ab 2000	IM	Landesbauordnung	<p>Stellungnahme und Ergänzungsvorschläge zum Durchführungserlass</p>

28.	ab 2000	IM	Architektenausbildung	Vorschlag Aus- und Fortbildung von Architekten zur Thematik des barrierefreien Bauens
29.	2000	IM	Barrierefreies Wohnen	Vorschlag einer Wohnungsbörse zur Wohnungsvermittlung barrierefreier Wohnungen in Schleswig-Holstein
30.	2000	IM	Barrierefreies Bauen und Wohnen	Vorschlag der Initiierung einer Beratungsstelle für barrierefreies Gestalten und Raumanpassung
31.	2000	IM	Barrierefreies Bauen	Vorschlag eines Faltblattes oder einer Broschüre zum barrierefreien Bauen
32.	ab 2001	IM	Barrierefreiheit	Vorschlag der Initiierung von Multiplikatorenseminaren zum barrierefreien Bauen
33.	März 2001	IM	Novellierung des II. Wohnungsbaugesetzes (späteres "Wohnraumförderungsgesetz")	Vorschläge im Rahmen der Vorbereitung der BR-Beteiligung
34.	ab März 2001	IM	Barrierefreies Wohnen	Vorschlag einer Internetpräsenz der Kommunen zur Schaffung von Transparenz bei der Suche barrierefreier Wohnungen
35.	2000-2001	MWTV	Regionalprogramm 2000	Vorschlag, die Förderung von Initiativen für behinderte Menschen deutlicher in den Vordergrund zu stellen

36.	lfd.	MWTV	Lenkungskreis Landesweiter Nahverkehrsplan	Vertretung der behindertenspezifischen Interessen
37.	lfd.	MWTV/LVS	Beirat LVS	Vertretung der behindertenspezifischen Interessen
38.	1998-2001	MWTV/ MASGV/B	Erlass Parkerleichterungen	Mitentwicklung des Erlasses; hierzu Herausgabe eines Faltblattes in Zusammenarbeit mit dem Sozialverband Deutschland; intensive Öffentlichkeitsarbeit hierzu
39.	lfd.	MLR	ZOK-Initiative	Prüfung von Unterkünften für die Dehoga Schleswig-Holstein im Rahmen der ZOK für das Segment "Reisende im Rollstuhl"
40.	12. 2001	MLR	barrierefreier Tourismus	eine Intensivierung der Förderung des barrierefreien Tourismus wird vorgeschlagen
41.	seit 1999	MASGV	PflegeNot Telefon	Mitarbeit im Unterstützerkreis
42.	2. 2001	MASGV	Sozialgesetzbuch IX im Bundesrat	LB unterbreitet Vorschläge zum Sozialgesetzbuch IX: <ul style="list-style-type: none"> - zur Abgrenzung Pflegeversicherung und Eingliederungshilfe - zur Heranziehung von Eltern von Menschen mit Behinderung zur Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege in Höhe der häuslichen Ersparnisse auf das 27. Lebensjahr oder das Rentenalter der Eltern ... - zur Schlechterstellung von Eltern behinderter Menschen in der ambulanten Betreuung

43.	2.2001	MASGV	Verschiedene Einzelfälle, z.B. Einzelfall eines berufstätigen schwer körperbehinderten Menschen mit Pflegestufe 3, dem nach div. Abzügen ein relativ geringes Entgelt verbleibt.	LB unterbreitet verschiedene Vorschläge. Im hier genannten Einzelfall wird aufgrund besonderer Sachlage eine Intervention durch das MASGV angeregt
44.	8.2001	MASGV	Arbeitgeber	Anerkennung bzw. Preis für Arbeitgeber, die sich besonders für schwerbehinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einsetzen bzw. über der gesetzlichen Beschäftigungsquote liegen
45.	8-9.2001	MASGV	Modellversuch Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung, Fortentwicklung nach Verabschiedung des SGB IX	Kontaktaufnahme zu Behindertenverbänden und Abstimmung eines Vorschlages, der durch Behindertenverband eingereicht wurde. Unterstützung dieses Vorschlages
46.	10. 2001	MASGV	Interessengemeinschaft Pflegebedürftiger	Mitarbeit in der IG
47.	2001	MASGV	Sozialgesetzbuch IX	LB regt Fachtagung zu Neuerungen des SGB IX an. Z.B. auch zur Arbeitsassistenz
48.	2001	MASGV	Landesblindengeldgesetz	Vorschlag, von der Kürzung abzusehen bzw. diese moderater zu gestalten

49.	2001	MASGV/LVA	Einrichtung von Servicestellen in Schleswig-Holstein	Vorschläge von LB zur Organisation der Servicestellen, zur Schulung der Mitarbeiter, zur Erstellung von Info-Broschüren sowie zur Einbindung von Behindertenverbänden, die nach Intervention von LB erfolgte
50.	2001 bis 2002	MASGV	Feststellungsbescheid zur Schwerbehinderung	<ul style="list-style-type: none"> - Anregung, auf den Feststellungsbescheiden auf Behindertenverbände hinzuweisen, um auf diese Weise wichtige Kontakte und weitere Hilfen zu ermöglichen. - Erstellung einer Broschüre über Behindertenverbände in Schleswig-Holstein
51.	5.2000 5.2001	S-H Landtag	<p>Gemeinsame Fachtagungen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gleichstellung <i>jetzt</i> Barrieren beseitigen - Verhinderte Freizeit 	<p>Vorschläge zur Verbesserung bzw. Erreichung von Barrierefreiheit</p> <p>Vorschläge zur Verbesserung der Freizeitsituation behinderter Kinder und Jugendlicher</p>
52.	8.2001	Sozialausschuss	Zahnärztliche Behandlung von behinderten Patienten	Gemeinsam mit der Bürgerbeauftragten angeregt, dass diese Thema aufgenommen wurde
53.	8.2000	Sozialausschuss	Landesarmutsbericht	LB regt in seiner Stellungnahme u.a. an, die Zusammenhänge mit Behinderung wesentlich deutlicher zu bearbeiten. Er fordert hierzu eine entsprechende Datenerhebung und Berichterstattung

- | | | | | |
|-----|------------------|---------------------|----------------------|---|
| 54. | 2000 und
2001 | Abgeordnete,
StK | Biomedizin/ Bioethik | LB appelliert zu vorsichtigem Umgang mit dieser Thematik. Ablehnung der Präimplantationsdiagnostik und der Einfuhr von Embryonen bzw. Stammzellen zu Forschungszwecken.
Rundschreiben an Landtags- und Bundestagsabgeordnete aus S-H. Veranstaltung im Juli 2001 |
| 55. | 2000 und
2001 | Landtagsverwaltung | neuer Plenarsaal | konkrete Vorschläge zur Umsetzung von Barrierefreiheit, Zusammenarbeit mit den zuständigen Architekten |